

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 11

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vom Äquivalenzprinzip

Marktwirtschaftliche Finanzierung des Staates

Der Staat finanziert sich nach zwei Haupt-Grundsätzen: Einerseits kann er Abgaben nach dem Äquivalenzprinzip und andererseits nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip erheben. Beim Äquivalenzprinzip richten sich die öffentlichen Abgaben nach den empfangenen Staatsleistungen. Das Leistungsfähigkeitsprinzip nimmt eine vollständige Trennung zwischen Steuerzahlungen und Staatsleistungen vor: Die Steuer wird zu einer Zwangsabgabe ohne konkrete Gegenleistung! Die Staatseinnahmen fließen hier in eine – einzige – Kasse und stehen – ungebunden – für die Finanzierung aller Staatsausgaben zur Verfügung.

Der Steuerstaat wird seit über einem Jahrhundert durch das Leistungsfähigkeitsprinzip der Besteuerung geprägt. Dieser Grundsatz gerechter Besteuerung wird durch die progressive Einkommenssteuer verkörpert. Die Progression wurde vorerst nicht mit dem Ziel der Umverteilung von Einkommen eingeführt, sondern ausschliesslich, um eine gerechte Verteilung der Steuerlasten zu erreichen. Zum Zuge kam dabei das Konzept des gleichen proportionalen Steueropfers. In diesem Zusammenhang waren und sind zwei Annahmen wichtig: Der (Grenz-)Nutzen der Einkommen nimmt mit steigendem Einkommen ab, was eine progressive Besteuerung erfordert. Die Einkommenssteuer

kann nicht überwältigt werden: Steuerzahler und Steuerträger sind identisch! Das Leistungsfähigkeitsprinzip der Besteuerung entwickelte sich rasch zu einem sozialen Dogma, an dem erst in den 1970er Jahren langsam, aber sicher gezweifelt und gerüttelt wurde.

Die fundamentalen Schwächen des Leistungsfähigkeitsprinzips sind finanzwissenschaftlich allgemein bekannt: Die Nutzen von Einkommen sind weder messbar noch interpersonell vergleichbar. Je nach dem Verlauf der Grenznutzen und Durchschnittsnutzen von Einkommen kann sowohl ein progressiver, ein proportionaler oder ein regressiver Steuertarif gerechtfertigt sein. Die Finanzwissenschaft vermag keine verbindliche Antwort auf die Frage nach der Steuergerechtigkeit zu geben. Es kommt hinzu, dass schon in den 1950er Jahren von der Theorie der Nicht-Überwälzbarkeit direkter Steuern Abschied genommen werden musste. Das Ausmass der politisch beschlossenen Steuerbelastungen kann durch die Überwälzung, auch der Einkommenssteuer, entscheidend verändert werden. So musste das ursprüngliche Anliegen des Leistungsfähigkeitsprinzips, nämlich eine gerechte Besteuerung zu bestimmen und durchsetzen zu können, weitgehend aufgegeben werden. Geblieben ist aber

das Ziel der Umverteilung von Einkommen, das auch heute noch schwerwichtig über die Erhebung einer Einkommenssteuer natürlicher Personen angestrebt wird, die mit Freibeträgen, bedeutenden Abzügen und einer erheblichen bis starken Progression ausgestattet ist. Diese Einkommenssteuer wird (nahezu) ausschliesslich in den Dienst der Einkommensumverteilung gestellt und nimmt dabei kaum oder überhaupt keine Rücksicht auf das Ziel einer effizienten Allokation von Ressourcen.

Die Dominanz des Leistungsfähigkeitsprinzips führte die westlichen Industrieländer in jene finanzpolitischen Probleme, mit denen sie sich seit Mitte der siebziger Jahre konfrontiert sehen: Aufgrund der Progression des Steuersystems nahmen die öffentlichen Einnahmen während des starken Wirtschaftswachstums der Nachkriegszeit überproportional zum Volkseinkommen zu. Dies erlaubte es den an der politischen Willensbildung beteiligten Kräften, zusätzliche Staatsleistungen, ohne Rücksicht auf ihre (Folge-) Kosten oder die langfristige Finanzierung, nicht nur zu versprechen, sondern auch zu gewähren. Dabei wurden die zahlreichen Bezieher unterdurchschnittlicher Einkommen auf Kosten der Bezieher überdurchschnittlicher Einkommen entlastet. So gewannen erstere den Eindruck, ihnen könnten immer mehr Staatsleistungen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Trennung von Staatsleistungen und finanziellen Gegenleistungen der Empfänger und/oder Nutzniesser lässt die Illusion aufkommen, Staatsleistungen könnten sozusagen unbeschränkt auf Kosten von anderen bezogen werden. Die tatsächlichen Nut-

zen-/Kosten-Relationen von Staatsleistungen blieben dabei weitgehend verborgen. Die Wähler sehen sich lediglich mit einem nichtübersichtlichen und anonymen Bündel von Staatsleistungen konfrontiert, ohne über die Finanzierung im einzelnen informiert zu sein. Eine – aus der Sicht der Allgemeinheit – rationale Wahlentscheidung ist unter solchen Bedingungen erschwert oder ausgeschlossen. Je weniger die Nutzen und Kosten von Staatsleistungen transparent gemacht werden, desto eher ist mit einer Fehlallokation von Ressourcen zu rechnen.

Die laufenden Staatsleistungen wurden allzulange entsprechend dem progressiven Wachstum der Staatseinnahmen dimensioniert. Anfang der siebziger Jahre rechnete man allgemein mit einer Fortsetzung des raschen Wirtschaftswachstums bis zum Jahre 2000. Es wurden ernsthafte Überlegungen angestellt, wie der reichliche Fluss an öffentlichen Einnahmen überhaupt noch sinnvoll verwendet werden könnte. Infrastruktur, Personalbestand des öffentlichen Sektors, Subventionen und Wohlfahrtsleistungen expandierten entsprechend. Als das erhoffte und notwendige Wachstum der Staatseinnahmen ausblieb, kam keine Revision der langfristigen Ausgabentrends zustande. Der Staat schritt zu einer Neu-Veranschuldung und überspielte dabei jene Grenzen, welche die Steuerzahler der Steuerbelastung und den Staatsausgaben setzen wollten. An Stelle der Anpassung der laufenden Ausgaben an die laufenden Einnahmen beschritt der Staat den Weg des geringsten Widerstandes und machte Defizite, deren Ende nicht abzusehen ist. Diese

sind zumindest weitgehend struktureller Art und in diesem Ausmasse konjunkturpolitisch nicht begründbar! Nachdem bei der Anwendung des Leistungsfähigkeitsprinzips die Grenzen der Besteuerung sowohl im allgemeinen als auch bei der progressiven Einkommenssteuer im besonderen erreicht und auch überschritten wurden, kann es sich nicht darum handeln, die bisherige Steuer- und Finanzpolitik fortzusetzen: Künftig ist der Allokation gegenüber der Distribution der Vorrang einzuräumen. Das heisst aber nichts anderes als die – möglichst weitgehende – Ablösung des Leistungsfähigkeitsprinzips durch das Äquivalenzprinzip.

In einer Marktwirtschaft ist das Äquivalenzprinzip der systemkonforme Grundsatz für die Finanzierung des Staates: Die Allokation erfolgt am effizientesten, wenn die Nutzniesser von Staatsleistungen auch die entsprechenden Kosten übernehmen. Gleichzeitig gilt es, die externen Kosten bei ihren Verursachern zu internalisieren. Das Nutzniesser- und Verursacherprinzip vermag – allein – die bestmögliche Versorgung mit Staatsleistungen zu gewährleisten. Die Umverteilung von Einkommen darf nicht über das Mass der sozialen Verpflichtung der Marktwirtschaft hinausgehen: Massnahmen der Umverteilung dürfen lediglich subsidiären Charakter haben. Der Staat soll – finanziell – nur jenen helfen, die, nach Ausschöpfung ihrer eigenen Möglichkeiten, existenziell auf Hilfe angewiesen sind. Eine darüber hinausgehende Umverteilung ist grundsätzlich abzulehnen. So gesehen ist jene Finanzierung von Staatsleistungen – unter Beachtung einer Mindest-

Zahlungsfähigkeit – gerecht, bei der die Nutzniesser für die von ihnen verursachten Kosten aufkommen: Sie bezahlen für das, was sie vom Staat erhalten. In dem Masse wie die sozialerforderliche Zahlungsfähigkeit nicht vorliegt, darf und soll der Staat mit direkten Zahlungen, d. h. Einkommenstransfers, ausgleichend wirken.

Das Äquivalenzprinzip führt eine marktmässige oder – wenigstens – marktanaloge Steuerung von Angebot und Nachfrage in den Staatssektor ein. So wird die Abstimmung zwischen den individuellen Präferenzen und der Bereitstellung von Gütern durch den Staat entscheidend verbessert. Die Individuen können nun gleiche oder ähnliche Massstäbe sowohl bei den privaten wie auch bei öffentlichen Gütern anlegen. Daraus geht eine – grundlegend – veränderte Allokation der Ressourcen zwischen dem privaten und dem öffentlichen Bereich und innerhalb des Staatssektors hervor.

Die finanzpolitische Relevanz der Forderung nach dem grösstmöglichen Einsatz des Äquivalenzprinzips hängt von den Anwendungsmöglichkeiten von Äquivalenzarten ab. Die Chancen dieses Finanzierungsgrundsatzes wurden allzulange unterschätzt: Solange die Staatskassen voll waren, bestand auch keine Dringlichkeit für den Staat, jene Vorteile zu nutzen, die im marktwirtschaftlichen Finanzierungsprinzip stecken. Inzwischen wurde darüber intensiv geforscht, so dass weitgehend abgesteckt werden kann, auf welche öffentliche Güter das Äquivalenzprinzip, in seinen verschiedenen Ausgestaltungen, anwendbar ist. Es geht um folgende Finanzierungsvarianten:

1. *Marktpreise:* Diese können auf marktfähige Güter angewendet werden, die – gegenwärtig – vom Staat bereitgestellt werden. Man spricht von individueller marktmässiger Äquivalenz. Typisch dafür sind die Erzeugnisse öffentlicher Produktionsunternehmen. Diese Unternehmen sind (re-)privatisierungsfähig, weshalb es zu prüfen gilt, ob jene Faktoren, welche früher die Verstaatlichung veranlasst haben, noch immer gültig sind. Massgebend ist dabei die Allokationseffizienz, die – in der Regel – bei privatwirtschaftlichen Bereitstellungen von Gütern höher ist. Können sich bei Re-Privatisierungen staatliche Auflagen – im öffentlichen Interesse – als erforderlich erweisen, so sind die so erzwungenen gemeinwirtschaftlichen Leistungen (= externe Erträge) in der Marktwirtschaft mit Subventionen abzugelten.

2. *Gebühren:* Gebührenfähig sind jene Güter, deren Kosten individuell zugerechnet werden können. Hier ist die individuelle kostenmässige Äquivalenz anzuwenden. Dies schliesst keineswegs aus, dass man dabei auch Gewinne erwirtschaftet, die eine befriedigende Selbstfinanzierung und die Ausschüttung von Dividenden zulassen, wenn dieser bedeutende gesamtwirtschaftliche Bereich re-privatisiert würde. Der gebührenfähige Sektor reicht von den sogenannten «natürlichen Monopolen» wie den Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsbetrieben über das Gesundheitswesen bis hin zum Erziehungswesen aller Stufen. Die «Public Utilities», deren Leistungen und Gebühren bzw. Tarife staatlichen Regulierungen unterworfen werden können, wie sie vor

allem von den USA her bekannt sind, eignen sich ganz besonders für Re-Privatisierungen. Im Gesundheits- und Erziehungswesen können die Kosten einzelner Leistungen ermittelt und individuell in Rechnung gestellt werden. Es handelt sich hierbei um zwei arbeits- und kostenintensive Staatsbereiche, die eine kostenmässige Steuerung dringend benötigen.

3. *Beiträge:* Beitragsfähig sind jene Güter, deren Kosten nur gruppenmässig ermittelt werden können. Es geht hier um die gruppenmässige, kostenmässige Äquivalenz. Zwar stehen – auch – hier die Empfänger von Leistungen (individuell) fest, die Finanzierung erfordert aber eine gruppenmässige Zusammenfassung der Betroffenen. Das klassische Gebiet sind die – verschiedenen – Versicherungen und, beim Staat, die Träger der Sozialversicherung. Die individuellen Beiträge sind so zu bemessen, dass die Gruppen von Versicherten und damit die potentiellen und tatsächlichen Nutzniesser voll für die Finanzierung aufkommen. Auch hier geht es nicht – vorrangig – um eine Umverteilung von Einkommen, sondern um die einkommensmässige Absicherung jener, die zum «Versicherungsfall» werden können oder geworden sind. Das dabei angewandte Versicherungsprinzip ist allerdings mit einer Umverteilung innerhalb der Gruppen von Versicherten verbunden. Bei sämtlichen (Sozial-)Versicherungen ist klar zwischen den erwünschten – finanziellen – Leistungen und deren Bereitstellung zu unterscheiden: Es ist – in der Tat – durchaus möglich, auf öffentliche Träger von Versicherungen zu verzichten, wenn es leistungsfähige pri-

vate Versicherungen gibt. Der Staat gibt dann lediglich verbindliche Versicherungsleistungen vor, die von privaten und privatisierten Versicherungsträgern – organisatorisch – erbracht werden. In dem Masse, wie solche Leistungen privat bereitgestellt werden, wird der Vollzug weitgehend entpolitisiert.

4. *Zwecksteuern:* Diese zweckgebundenen Abgaben werden zur Finanzierung von gruppenspezifischen Staatsleistungen herangezogen. Anlass dazu kann auch die Erhebungsbilligkeit sein. Erweist sich z. B. die Erhebung von Gebühren zur Finanzierung von Autobahnen als zu aufwendig, so kann der Staat auf die Mineralöl- oder die Benzinsteuern zurückgreifen. Aus der Sicht der individuellen kostenmässigen Äquivalenz ist diese Variante allerdings weniger fein auf die vorliegenden Nutzen abgestimmt. Mit Zwecksteuern können aber auch jene öffentlichen Leistungen finanziert werden, die allen Einwohnern eines Landes zugute kommen. Typische Beispiele sind die Landesverteidigung und die Zentralverwaltung öffentlicher Gebietskörperschaften. Hier ist es aus äquivalenzpolitischer Sicht entscheidend, dass die Leistungen wenigstens grob oder schematisch auf die einzelnen zurechenbar sind. Versagen die verfügbaren Hilfsindikatoren, so wird – bei empirischen Untersuchungen – meist mit einer proportionalen Nutzenverteilung operiert. Auf eine derartige Verteilung kann die Finanzierung durchaus abgestimmt werden. Eine Mehrwertsteuer, die alle Konsumgüter mit einem einheitlichen Satz belastet, hat eine enge Beziehung zwischen

Nutzen und Kosten von solchen Staatsleistungen zur Folge. Noch besser ist allerdings eine Kopfsteuer, die jedoch aus sozialen Gründen keine Realisierungschance hat.

5. *Allgemeine Steuern:* Solche Abgaben, wie z. B. eine Mehrwert- oder Einkommenssteuer natürlicher Personen, können für die Finanzierung von Staatsleistungen reserviert werden, bei denen keine Äquivalenzart anwendbar ist. Je extensiver man aber die Möglichkeiten der Zwecksteuern interpretiert, desto kleiner wird der Finanzierungsbedarf für allgemeine, nicht zweckgebundene Steuern. Praxisnah darf man feststellen, dass für die Abgeltung solcher Staatsleistungen, bei denen keine Äquivalenzart anwendbar ist, die Mehrwertsteuer und/oder die Einkommenssteuer sich anbieten. Im Rahmen einer durchgehenden Trennung der Allokations- und der Distributionsziele liegt es nahe, die Kosten aus der sozialen Verpflichtung in der Marktwirtschaft mit einer entsprechend umverteilungswirksamen Einkommenssteuer natürlicher Personen zu finanzieren.

6. *Internalisierungsabgaben:* In der Marktwirtschaft ist es unbedingt erforderlich, die externen Kosten ihren Verursachern anzulasten. Können die externen Kosten erfasst und bewertet werden, so geht es um die Anwendung der – jeweils – möglichen Äquivalenzarten, wie sie eben für die fünf Varianten des Nutzniesserprinzips aufgezeigt wurden. Es gibt externe Kosten, die individuell, gruppemässig, national und international zurechenbar sind.

Die vermehrte marktwirtschaftliche Finanzierung des Staates beinhaltet die Ablösung des aktuellen – schwergewichtig – leistungsfähigkeits-orientierten Steuersystems ohne (bedeutende) Zweckbindungen durch Re-Privatisierungen und eine möglichst weitgehende Anwendung von Äquivalenzarten unter Einschluss des Verursacherprinzips. In dem Masse, wie sich Re-Privatisierungen – aus welchen Gründen auch immer – als unmöglich erweisen, ist die organisatorische und finanzielle Verselbständigung, insbesondere der öffentlichen Unternehmen, Anstalten und der Bereiche, auf die individuelle und gruppenmässige Äquivalenzen angewendet werden können, zu verwirklichen. Ein solches Finanzierungssystem konzentriert sich auf die Allokationseffizienz und zeichnet sich vorwiegend durch Marktpreise, Gebühren, Beiträge und Zwecksteuern aus.

Gegen das Äquivalenzprinzip werden im wesentlichen ein allokatons- und ein verteilungspolitisches Argument vorgebracht: Es wird behauptet, die Grenzkosten-Preisbildung sei jener nach den Durchschnittskosten wohlfahrtsmässig überlegen. Im ersten Fall resultiere eine höhere Kapazitätsauslastung, was die Versorgung mit Staatsleistungen verbessere. Bei der Anwendung der Grenzkosten-Preisregel kommen aber Defizite zustande, die man allokatonspolitisch rechtfertigt. Die Wohlfahrtsökonomie vergisst dabei aber jene Wohlfahrtsverluste, die von den Steuern stammen, die für die Defizitdeckung erforderlich sind. Für die Praxis von entscheidender Bedeutung ist indessen, dass die Abdeckung der Defizite über öffentliche Haushalte ihre Nutzniesser vom Druck be-

freit, wirtschaftlich zu arbeiten. Ein reiches Erfahrungsmaterial zeigt, dass die defizitären (und subventionierten) Unternehmen die Konkurrenzfähigkeit verlieren und in die Misswirtschaft abgleiten. Dabei treten Effizienz- und Wohlfahrtsverluste auf, welche die Vorteile aus der Anwendung der Grenzkosten-Preisregel entscheidend übertreffen (können). Es wird allgemein behauptet, das Äquivalenzprinzip sei mit unerwünschten Verteilungswirkungen verbunden. Zum ersten wäre – empirisch – zu untersuchen, ob und welche Unterschiede es bei der tatsächlichen Inzidenz eines äquivalenz- und eines leistungsfähigkeits-orientierten Finanzierungssystems gibt. Wirkt sich das Äquivalenzprinzip verteilungspolitisch so aus, dass die subsidiäre Staatsfunktion oder die sozial-marktwirtschaftliche Verpflichtung nicht erfüllt ist, so kann der Staat entsprechend distributiv tätig werden. Entscheidend ist dabei aber, dass er nicht (direkt) in die Allokation mit unzähligen und unbeherrschbaren Massnahmen eingreift, sondern dies sozusagen in einem Zuge mit Einkommenstransfers tut. Dann verfügen die privaten Haushalte (direkt) über jene Einkommen, die sozialmarktwirtschaftlich erwünscht sind. Über deren Verwendung entscheiden sie frei und müssen nicht – wie bisher – bestimmte Staatsleistungen in Anspruch nehmen, um von Subventionen zu profitieren. Die konsequente Trennung von Allokation und Distribution hat zwei entscheidende Vorteile: Die Allokation wird vom distributiven Ballast befreit und entsprechend effizienter. Die Distribution nimmt Abschied von den unzähligen und nicht kontrollierbaren

Einzelmassnahmen, die ein gigantisches Ausmass angenommen haben, das mit enormen Allokationsverlusten verbunden ist; sie erfolgt einkommensorientiert und erreicht damit jene, die man begünstigen will.

Ein Wechsel im wichtigsten staatlichen Finanzierungsprinzip ist mit bedeutenden Vorteilen verbunden, die hier nur erwähnt werden können: Die Steuerhinterziehung, die schwerwichtig bei den direkten Steuern auftritt, entfällt – zumindest weitgehend. Wer Leistungen beansprucht, muss sie umgehend bezahlen! Die – nationale und internationale – Steuerabweichung lohnt sich kaum noch, da die gegenwärtigen Steuern im äquivalenzorientierten Finanzierungssystem eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Die Unternehmen bezahlen lediglich für jene Leistungen, die sie vom Staat erhalten. Die viel diskutierten negativen Arbeitseinsatz- und Investitionswirkungen dürften im we-

sentlichen entfallen. Die Progression und die durchschnittliche Belastung persönlicher Einkommen könnten stark abgebaut werden.

Schliesslich dürfen die Vorteile der vermehrten (Kosten-)Transparenz, die mit Äquivalenzarten verbunden sind, nicht unterschätzt werden: Die Wähler entscheiden dann über einzelne Staatsleistungen bei entscheidend verbesserten Kenntnissen der individuellen und gruppenmässigen Kostenverteilung. Die politische Willensbildung nimmt dann Abschied von ihrer – finanziellen – Orientierungslosigkeit und erhält mit dem Äquivalenzprinzip jenen Steuerungsmechanismus, auf den die westlichen Demokratien auf die Dauer nicht verzichten sollten. Der Weg zur marktwirtschaftlichen Sanierung der Staatsfinanzen und des Wohlfahrtsstaates ist damit grundsätzlich vorgezeichnet: Er kann mit grossem Gewinn beschritten werden!

Walter Wittmann

Die herausgeforderte Grossmacht

Castros Konfrontation mit Reagan in Zentralamerika

Der Herausgeber einer der sorgfältigsten und breitest gefassten amerikanischen Studien über die gegenwärtigen Entwicklungen im südlichen Vorhof der Vereinigten Staaten («Colossus challenged. The Struggle for Caribbean Influence». Boulder, Colorado 1982) bringt die ruhige Überlegenheit des Historikers auf, sein «heisses» Thema mit einer Anekdote einzuleiten – im besten Sinne amerikanischer

Rhetorik. Er erinnert an den grossen Benjamin Franklin, der sich im Sommer 1787 von einer Runde der Verfassungskonferenz wegstiehlt, um endlich herauszufinden, ob die Sonne, die den Stuhl des Ratsvorsitzenden zielt, aufsteigt oder untergeht. Ob er es herausgefunden hat, ist nicht überliefert, und ähnlich schwierig wäre zu entscheiden, ob heute Amerikas politischer Einfluss im karibischen Raum

abnimmt, weil sich revolutionäre Bewegungen gegen Washington stellen, oder stärker wird, weil die Administration Reagan endlich die von früheren Regierungen gepflegte «pragmatische Nichtbeachtung» der regionalen Probleme aufgegeben hat – gleichsam die Herausforderung annimmt.

Der Riese und die Zwerge

Herausforderung? Es soll hier gar nicht erst der Versuch gemacht werden, die inzwischen uferlos und in vielen Aspekten sogar ziellos geführte Diskussion darüber wiederzugeben, ob eine solche vorliege, von wo und von wem oder wovon sie ausgehe, ob sich Amerika denn überhaupt herausgefordert fühlen dürfe oder solle, mithin ob es im karibischen Raum, in Zentralamerika und auf den Inseln etwas zu verlieren, oder salopper gefragt, ob es dort etwas verloren habe. Antworten gibt es möglicherweise so viele wie Fragen; aber allein die Tatsache, dass diese gestellt und jene gegeben werden, in solcher Fülle und solcher Breite, ist natürlich ein Indiz dafür, dass in der Region «etwas los ist», dass es mit der Selbstverständlichkeit vorbei ist, mit der noch Nixon und Kissinger vor Jahren auf den Entwurf einer regionalen Strategie verzichten zu können glaubten, weil das ganz einfach als überflüssig betrachtet wurde. Symbolische Erklärungen der «guten Nachbarschaft» oder noch zynischer des «benign neglect» wurden als voll auf genügend angesehen, Substanz dahinter glaubte niemand anbieten zu müssen.

Auch nur Andeutungen der Gesamtproblematik, die sich in den gespannten, ungleichgewichtigen Beziehungen

zwischen der Grossmacht im Norden und ihren südlichen Nachbarn verbirgt, würden den Rahmen der auf diesem Raum möglichen Überlegungen sprengen. Nur ein einleitender Gedanke noch, der einer gefährlichen Vereinfachung gleichkommt: Vielleicht ist die politische, wirtschaftliche und militärische Macht der Vereinigten Staaten innerhalb der westlichen Hemisphäre so gross und sind die Möglichkeiten des armen, zersplitterten, uneinigen Südens ihr gegenüber so gering, dass nur schon das massive Ungleichgewicht zu Störungen, Reibungen und Explosionen führen muss; vielleicht ergibt sich Antiamerikanismus im Vorhof der Vereinigten Staaten allein schon aus dem Machtgefälle, kann sich ein Politiker oder ein Revolutionär auf der Suche nach programmatischem Profil, ungeachtet seiner möglichen ideologischen Ausrichtung, tatsächlich nur am «grossen Bruder» orientieren, das heisst gegen ihn, und wäre das noch so aussichtslos. Washington gewissermassen als immerwährende Herausforderung für die Kleinen, für die Habenichtse und Gerne-grosse. Eine solche Einsicht müsste manchen antiamerikanischen Aufschrei, wenn auch nicht jeden, einiger-massen relativieren.

Jedoch: wie sehr sich alle die südlichen Anrainerstaaten allein durch die Gegenwart des «Kolosses» herausgefordert fühlen mögen, heute ist vor allem er es, ist es die Grossmacht, die um ihren Einfluss fürchtet, um die Sicherheit in einem als selbstverständlicher Einflussbereich betrachteten Hinterland, unterschwellig wohl sogar um die eigene Sicherheit. Präsident Reagan hat gleich bei seinem Amtsantritt als eine

der primären Maximen seiner Außenpolitik verkündet, dass im karibisch-zentralamerikanischen Raum äussere, letztlich auf die Sowjetunion zurückgehende Kräfte am Werk seien, die es abzuwehren und zu überwinden gelte, wenn Amerika seine Glaubwürdigkeit als Vormacht behalten wolle. Die Prämisse der kubanisch-sowjetischen Subversion und Einflussuche und die daraus in Washington abgeleitete Zentralamerikapolitik sind bis heute sowohl in den Vereinigten Staaten wie unter ihren Verbündeten in hohem Masse kontrovers, aus den mannigfaltigsten Gründen. Die von Reagan anfänglich vorgenommene Reduzierung einer komplexen Regionalproblematik auf einen Ost-West-Konflikt stiess auf zähen Widerstand, zum einen bei Kennern des umstrittenen Gebietes und zum anderen bei den Anhängern einer immer noch, wenn auch schon fast nur noch nostalgisch hochgehaltenen Détente politik des vergangenen Jahrzehnts; die hart gezeichnete Strategie des «going to the source», der Vorsatz, das Übel an der Quelle zu bekämpfen, liess bis zu einem gewissen Grade (der allerdings aus propagandistischen Gründen nicht selten zu hoch angesetzt wird) das Vietnam-Trauma wieder aufleben, und die offenbar festzustellende innere Unsicherheit oder jedenfalls Ungeschlossenheit der Grossmacht übte Einflüsse auf die Haltung von Verbündeten aus, die mit grober Kritik oder gutgemeinten Ratschlägen aufwarteten. Dass die Administration nicht immer eine glückliche Hand in ihrer Informationspolitik hatte und sich erst langsam an die Komplexität der erkannten Krise herantastete, machte es Gegnern und Unsicheren leicht, sie der Doppel-

zünftigkeit, der schlimmen Vereinfachung oder der Neigung zu Hysterie des Kalten Krieges anzuklagen.

Von der Gärung zur Explosion

Ohne Zweifel haben es die Vereinigten Staaten und ihre Regierung schwer in der Auseinandersetzung mit einer Region, die so plötzlich ausser Rand und Band geraten zu sein schien. Auch die Administration Reagan hat schon längst erkannt, dass es für sie keine einfachen Antworten gibt in Zentralamerika. Dass sie inzwischen eine breitgefächerte, aus wirtschaftlichen, sozialpolitischen, militärischen und kulturellen Komponenten bestehende Strategie entwickelt hat, um der karibisch-zentralamerikanischen Herausforderung zu begegnen, wird von ihren Kritikern hüben und drüben des Atlantik allerdings weniger aufmerksam zur Kenntnis genommen als der inzwischen überholte erste «Marschbefehl». Wenn heute noch von sonst ernstzunehmenden Kommentatoren mit mehr oder weniger Selbstsicherheit erklärt wird, ein amerikanischer Einmarsch in Nicaragua stehe bevor, dann zeugt das von ähnlicher Simplifizierung der Tatsachen, wie sie die gleichen Leute vor zwei Jahren (mit mehr Berechtigung) Reagan und seinem Team vorwarfen. Was Fidel Castro oder dem sandinistischen Direktorat (aus offensichtlichen Gründen) billig sein kann, sollte es amerikanischen und europäischen Politikern und Medienvertretern eigentlich nicht sein.

Aus welchen Gründen auch immer Skepsis und Ablehnung die Zentralamerikapolitik Reagans begleiten, Tatsache ist, dass sie mit wachsender Erfahrung und «Ortskenntnis» der Ad-

ministration und mit zunehmender Anpassung an die komplexe Realität mehrgleisig geworden ist. Tatsache bleibt aber auch, dass die anfängliche Enge der Problemerkennung, das Konstatieren äusserer Einflüsse und die Erwägung drastischer militärischer Gegenmassnahmen nicht auf Verfolgungswahn zurückgingen; allenfalls wurden die Möglichkeiten Kubas und die Sowjetunion zunächst überschätzt, ihre Machenschaften überzeichnet. Auch wenn es jedem einigermaßen vorurteilslosen Kenner der karibisch-zentralamerikanischen Entwicklung klar ist, dass tiefe gesellschaftliche Zerrwürfnisse und wirtschaftliche Gegensätze die primäre Ursache für die gegenwärtigen Krisen sind, dass die verkrusteten politischen Strukturen der meisten Länder geradezu ideale Ansätze für revolutionäre Gewalt und Umsturzversuche bieten, kann doch nicht übersehen werden, dass in den letzten paar Jahren kubanisch-sowjetische Umtriebe, eine zunehmende Militarisierung marxistisch-leninistischer Gruppen und eine als Strategie zu bezeichnende Koordinierung politischer und bewaffneter Aktionen unter kubanischer Leitung (und mit möglicherweise sowjetischer Inspiration) eine zusätzliche und wohl inzwischen zum Hauptfaktor der Unruhen gewachsene Virulenz geschaffen haben. Ein von internen Fermenten eingeleiteter Gärungsprozess ist mittels äusserer Faktoren in ein explosives Stadium vorangetrieben worden.

Das Tandem Moskau–Havanna

Die Vereinigten Staaten haben allen Grund zur Besorgnis – über die Ergebnisse eigener Unterlassung und frem-

der Wühlarbeit. Was die Beurteilung der Lage und die Unterscheidung interner und externer Einflüsse so schwierig macht, ist die in den letzten Jahren, genau genommen seit dem Abschluss der «Institutionalisierung» des kubanischen Revolutionsprozesses, zu beobachtende Veränderung und «Anpassung» der Regionalstrategie Havannas und Moskaus. Deren Bemühen ist es heute nicht mehr unbedingt, marxistisch-leninistische Regime aufzubauen. Erstes Ziel ist die Schaffung oder Akzentuierung eines politischen Klimas, in dem von Fall zu Fall variiende «antiimperialistische», sprich antiamerikanische Prozesse in den Bereichen von Ideologie, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gedeihen können. So unzweifelhaft in den sechziger Jahren die strategischen Ziele der Sowjetunion und Kubas nicht identisch, sogar teilweise gegensätzlich waren, so klar ist seit Mitte des letzten Jahrzehnts eine wachsende Koordinierung der politischen Aktivitäten zu beobachten. Das heisst noch keineswegs, dass der Inselcaudillo Castro ein jederzeit einsetzbarer, unkritischer Handlanger Moskaus geworden ist. Vielmehr ist er aus einer Reihe von Gründen abhängig von sowjetischer Unterstützung, um seine Art solidaristisch-internationalischer Politik zu verwirklichen (Angola), während andererseits die Sowjetunion auf kubanische Lokalkenntnisse und Beziehungen angewiesen ist, wenn sie ein Höchstmass an gegen die Vereinigten Staaten gerichteter Störpolitik erreichen will (Zentralamerika). In Afrika wie in Lateinamerika ergänzen sich Möglichkeiten und Zielvorstellungen Kubas und der Sowjetunion in besonders wirksamer und gefährlicher Weise.

Dennoch sollten die Unterstützung der ungleichen kommunistischen Partner für die salvadorianische Guerilla und die immer enger werdenden Beziehungen Moskaus und Havannas zum sandinistischen Regime in Nicaragua nicht einfach als Realisierung einer weitgehend vorfabrizierten Strategie verstanden werden. Besonders der Fall Nicaragua zeigt auch taktisch-opportunistische Ausnützung von amerikanischem Ungeschick, von zögerndem Reagieren der Administration Carter auf eine schrittweise (und darum unterbrechbare) Extremisierung eines politischen Prozesses, wo dezidiertes Einschreiten, etwa Förderung gemässigter Elemente in der breiten Koalition der Sieger über Somoza, möglicherweise eine frühzeitige Stabilisierung der Entwicklung hätte bewirken können. Das sowjetische Interesse an der extremen Linken in El Salvador entspringt, so jedenfalls spekulieren einige amerikanische Sowjetologen, vielleicht ebenso wenig langfristiger Planung als vielmehr einer Provokationstaktik, die als Reaktion auf die unerwartet heftige weltweite Verurteilung der Invasion Afghanistans beschlossen wurde: Ziel wäre es, die Vereinigten Staaten in eine ähnliche Interventionsfalle zu locken, mindestens propagandistisch bereits ein beträchtlicher Erfolg, wird doch amerikanischer «Interventionismus» in Zentralamerika inzwischen mindestens so heftig angeprangert, auch in den USA selbst, wie das sowjetische Vorgehen im asiatischen Land; Demonstrationen der Navy vor den Küsten Nicaraguas und gemeinsame amerikanisch-honduranische Truppenmanöver werden von gewissen Kreisen im Westen praktisch so behandelt, als wenn ein mili-

tärischer Einmarsch stattgefunden hätte.

Wessen Vorhof?

Überhaupt zeigt ein Blick in die westliche Medienlandschaft, dass die bisher eher zurückhaltende, jedenfalls in keiner Weise aggressive Zentralamerikapolitik der Administration Reagan in fast beängstigendem Ausmass als «imperialistisch», «kriegerisch», «friedensgefährdend» und dergleichen mehr gesehen wird, und dass die durchaus erhältlichen, aber offenbar nicht mehr recht ins westliche Weltbild passenden Informationen über die kubanischen und sowjetischen Aktivitäten in der Region auf vergleichsweise geringes Interesse stossen. Es müsste zu denken geben, dass sich im gesamten Lateinamerika zur Zeit wesentlich weniger amerikanische als kubanische und osteuropäische Militärberater aufhalten. Die Zahl der amerikanischen ging zwischen 1970 und 1981 von 516 auf 70 zurück und erfuhr erst dieses Jahr wieder eine Erhöhung (auf vielleicht 400, wovon etwa 300 in Honduras salvadorianische Regierungssoldaten ausbilden); in Nicaragua halten sich dagegen nach vorsichtigen Schätzungen 2000, nach Angaben der CIA sogar 3500 kubanische und osteuropäische Militärpersonen auf. Eine weitere Globalangabe: zwischen 1962 und 1981 leistete die Sowjetunion für rund 4 Milliarden Dollar Militärhilfe an lateinamerikanische Länder (in erster Linie an Kuba, von wo aber beträchtliche Teile weitergegeben wurden), während sich im gleichen Zeitraum die amerikanischen Leistungen auf «nur» rund 1,5 Milliarden beliefen.

Bedenkt man dazu noch, dass die kubanischen Streitkräfte dank der Sowjetunion die weitaus stärksten Lateinamerikas und diejenigen Nicaraguas mindestens zahlenmässig, aber inzwischen wohl auch rüstungstechnisch die stärksten Zentralamerikas sind, kann man sich die Frage erlauben, welche Seite sich da eigentlich «kriegerisch» gebärde, um wessen Vorhof es sich denn beim karibisch-zentralamerikanischen Raum handle.

Washington macht sich zu Recht Sorgen über die unter kubanischer Führung und mit sowjetischer Ausrüstungshilfe seit dem Umsturz in Nicaragua festzustellende Militarisierung der Region. Im Jahre 1981 gelangten 66 000 Tonnen sowjetisches und osteuropäisches Rüstungsmaterial nach Kuba, mehr als jemals wieder seit der Raketenkrise von 1962. Nicaragua verfügt heute (die Angaben stammen noch aus dem Vorjahr) über 800 Militärlastwagen, 12 mobile Raketenwerfer, über 50 Panzer des Typs T-54/55, mindestens acht 122-mm- und 12 155-mm-Haubitzen, daneben MI-8-Transporthelikopter, gepanzerte Mannschaftswagen und seit Dezember 1982 eine elektronische Aufklärungsanlage, die praktisch ganz Zentralamerika erfassen kann, alles aus dem Sowjetblock. Der Einwand, das Land sei von Feinden oder doch potentiellen Angreifern umgeben, kann die nicaraguanische Aufrüstung nicht rechtfertigen; sie wurde in voller Intensität begonnen, als die sandinistische Revolution noch weitgehend auf Sympathie und Verständnis der sie umgebenden Aussenwelt, einschliesslich der Vereinigten Staaten, stiess. Von allem Anfang an scheinen sich die Sandinisten aber auf Konfrontationen eingerichtet

zu haben, weil sie sofort nach ihrem Sieg mit massiver militärischer Unterstützung der salvadorianischen Guerilla begannen. Das militärische Spinnwebgewebe, mit dem Fidel Castro und seine sowjetischen Materiallieferanten die Region überziehen, wird ergänzt durch Waffenhilfe an Guerillabewegungen in Honduras und Guatemala; dazu gehörten auch verschiedene Waffenlager, die von der costaricanischen Polizei seit Anfang 1982 ausgehoben werden konnten.

Zwei Jahrzehnte Revolutionsexport

Für sich allein genommen, stellt die sowjetisch-kubanische Rüstungshilfe an die Sandinisten und eine Reihe von Linksbewegungen in anderen Ländern einen zwar durchaus wirksamen, aber nicht unmittelbar die amerikanische Sicherheit gefährdenden Faktor dar. Wirklich besorgniserregend ist sie nur als Bestandteil einer umfassenden Subversionsstrategie, die mindestens genauso stark wie auf Waffen auf politische und ideologische Systemveränderung abstellt. Aufgrund heutiger Gegebenheiten ist es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschliessen, dass Castro, geschweige denn die Sowjetunion zu einem stärkeren militärischen Engagement in Zentralamerika schreiten können und wollen. Das erste Bestreben ist es deshalb für beide, politische Rahmenbedingungen zu schaffen oder auszunutzen, innerhalb derer die relativ bescheidenen technischen Mittel ein Maximum an Unsicherheit schaffen und eine Höchstzahl von Abwehrpersonal und Abwehrmaterialien involvieren können. Der kubanische Caudillo kann für

seine sorgfältig aufeinander abgestimmten politisch-militärischen Aktivitäten auf eine mehr als zwanzigjährige Erfahrung im «Revolutionsexport» zurückgreifen, wobei angemerkt zu werden verdient, dass die letztlich anvisierte Grossmacht Amerika auf dem Gebiete der strategischen und «ideologischen» Planung Castro kaum etwas Gleichwertiges oder ähnlich Konsistentes entgegenzustellen hat. Mag Fidel Castro auch von aussenpolitischen Rückschlägen und gleichsam methodischen Fehlentscheidungen nicht verschont geblieben sein, verfolgt er doch seit seinem Sieg über Batista 1959 mit Entschlossenheit sein Ziel einer Revolutionierung Lateinamerikas. In den Vereinigten Staaten dagegen kamen und gingen in diesen Jahren die Präsidenten und mit ihnen die Lateinamerikakonzepte – falls nicht, wie unter Nixon, überhaupt auf eines verzichtet wurde. Castro kann ausserdem, was nicht aus den Augen verloren werden darf, auf zwei Dezennien (anfänglich manchmal gestörter, im ganzen aber höchst effizienter) Zusammenarbeit mit sowjetischen Militärs und dem sowjetischen Geheimdienst zurückblicken.

Als Castro in Kuba die Macht übernahm, verfuhr er bei der Einrichtung des Staates und der Machtstrukturen nach einem System, das heute von den Sandinisten wieder angewendet wird: «doppelte» Regierung. Seine engsten Kampfgefährten übernahmen den Aufbau und die Kontrolle der Machtinstrumente, der Armee, der Geheimdienste, der Revolutionskomitees und der anderen Massenorganisationen; die bürgerlich-demokratischen (sowie zunächst die traditionell-kommunistischen) Mitläufer und Verbündeten

wurden in formalistischen Institutionen beschäftigt, etwa im Staatsrat oder auf Kabinettsposten, bis sie nach der Festigung des Castrismus ausgeschaltet werden konnten. Nach einem über enge persönliche Kontakte mit dem kubanischen Führer inspirierten ähnlichen Verfahren gingen und gehen die Sandinisten in Nicaragua vor. An einer Führungskonferenz im September 1979 wurde von ihnen festgehalten, dass die demokratischen Gruppierungen, welche in der «breiten Oppositionsfront» am Kampf gegen Somoza beteiligt waren, «isoliert» und unter sandinistische Kontrolle gebracht werden müssten, dass aber «politische Parteien weiterbestehen» sollten (aus Rücksicht auf die «internationale Meinung», wie es hiess). Als das Direktorat der Sandinisten, das eigentliche Machtgremium, 1980 unter dem Druck der gleichen «internationalen Meinung» schliesslich für 1985 Wahlen ankündigte, wurde eingeschränkt, dass es sich dabei nicht um «bürgerliche Wahlen» handeln werde, sondern dass mit dem Urnengang lediglich die Revolution «ratifiziert» werden solle. Streitkräfte, Sicherheitsdienst, Nachbarschaftskomitees, Berufsorganisationen und die Medien unterstehen in Nicaragua direkt dem Direktorat; die noch geduldeten «bürgerlichen» Politiker dürfen ihre Fachkenntnisse in verschiedenen Ministerien (jedoch nicht mehr an deren Spitze) in den Dienst der Revolution stellen. Im übrigen war ein kubanischer Spezialist für Geheimoperationen, Julian López Díaz, ein Schlüsselberater der Sandinisten während der Erhebung; in der heutigen Konsolidierungsphase amtiert der gleiche Mann als Botschafter Castros in Managua.

Kein «zweites Kuba»

Dieser kurze Vergleich soll keineswegs die umstrittene These nahelegen, Nicaragua sei bereits ein «zweites Kuba» oder befinde sich auf dem Wege, eines zu werden. Nicaragua ist nicht Kuba. Es ist keine Insel, unterliegt also Einwirkungsmöglichkeiten von aussen in stärkerem Grade; während im vorrevolutionären Kuba die Kirche im öffentlichen Leben und in der Politik kaum eine Rolle zu spielen vermochte, ist sie im nicaraguanischen Volk tief verwurzelt und hat ihre Glaubwürdigkeit schon im Kampf gegen Somoza bewiesen. Der revolutionäre Prozess in Nicaragua wird, auch das ein wesentlicher Unterschied zu Kuba, nicht von einer charismatischen Einzelpersonlichkeit geprägt; es gibt starke Indizien, dass auch vier Jahre nach der Machtübernahme innerhalb des Sandinismus gewichtige Differenzen über den Kurs der Revolution ausgetragen werden müssen. Sowohl Castro als der bedeutendste Ratgeber wie auch die Führer des Sandinismus selbst haben es bis jetzt jedoch verstanden, die andersartigen Grundbedingungen der nicaraguanischen Revolution geschickt zu berücksichtigen, ohne das Ziel eines Einheitsstaates antiamerikanischer Ausrichtung und Einsatzbereitschaft aus den Augen zu verlieren.

Generell muss festgestellt werden, dass die kubanisch-sowjetischen Interessen heute in Zentralamerika mit einer Anpassungsfähigkeit und mit so

virtuoser propagandistischer Begleitmusik vertreten werden, wie sie nur lange Erfahrung und gründliche strategische Planung ermöglichen. So wenig etwa Nicaragua (vorderhand) in die Zwangsjacke eines «zweiten Kuba» gepackt zu werden scheint, so wenige Anzeichen gibt es dafür, dass in El Salvador ein «zweites Nicaragua» angestrebt wird. Hier wie in Guatemala hatte sich die politisch-ideologische Führungsfunktion Fidel Castros bisher ohnehin vorwiegend an der Aufgabe zu bewähren, zersplitterte und zerstrittene Linksbewegungen zu vereinigen oder wenigstens in taktische Bündnisse einzuschliessen. In El Salvador und in Guatemala sind aber zum ersten Mal auch präventive Abwehrmassnahmen der Vereinigten Staaten in das Kalkül einzubeziehen; Washington ist hier mit einer Reformpolitik eingeschritten, bevor es zu spät war, insbesondere bevor sich eine eigentliche Volkserhebung entwickeln konnte, wie in Nicaragua. Es könnte durchaus sein, dass sich in El Salvador der machthungrige «Zwerg» Kuba und der «Koloss» Amerika gleichsam Auge in Auge gegenüberstehen, dass es hier, wie Reagans erster Aussenminister Haig, einer der wenigen amerikanischen Politiker mit strategischem Gespür, behauptete, zum weltpolitischen Testfall kommt. Haig wurde dafür verspottet und zum Paranoiker gestempelt; die Geschichte wird ihm vielleicht rechtgeben.

Christoph Mühlemann

Walisische Intellektuelle

oder: die Entscheidung, unbehaglich zu leben

Ein grosses Mass an Toleranz für Andersdenkende soll den durchschnittlichen Briten auszeichnen. Überhaupt eine Grosszügigkeit und feine Zurückhaltung gegenüber den Angelegenheiten derer, die anders sind und es bleiben wollen. So reist man gern auf diese Insel, in Erwartung überraschender Vielfalt unter den königlich Ge-einten. Untertan ihrer Majestät zu sein: ein unbeschwerlich Los, wie es scheint, das die Verschiedensten trifft, ohne sie ungut anzugleichen.

Doch so eindeutig wie ihr Ruf ist die Wirklichkeit auch hier nicht. Es hat nicht den Falklandkrieg gebraucht, um die Zerbrechlichkeit toleranter Gesinnungen darzutun. Unruhen in rassistisch gemischten Vororten der Grossstädte und deren Eindämmung haben krass vor Augen geführt, dass das United Kingdom so problemlos vereint nicht ist. Die extrem hohe Arbeitslosigkeit in weiten Teilen des Landes hat den dezenten gesellschaftlichen Umgangston zwischen den Betroffenen und den Verschonten ebenfalls um einige hässliche Laute anschwellen lassen. Man kann niemandem Gleichmut zutrauen, wo Unmut so ebenmässig anwächst. Nicht einmal in Grossbritannien.

Solches bedenkend, reist man weniger blind. Nun liegt das Überraschende nicht mehr darin, dass man auch in Grossbritannien den Umständen entsprechend die Wirkungen des sozialen Reizklimas zu spüren bekommt. Nein, überraschend ist eigentlich nur, mit welch desinteressiertem Grossmut

man auch hier das übergeht, was noch nicht den Aufdringlichkeitsgrad der gesellschaftlichen Molestien erreicht hat. Kulturelle Strömungen beispielsweise, die nicht in die Ruhmesgeschichte des Empires einmünden. Eine dominante Kultur wie die englische darf sich im eigenen Reichtum sonnen, kann selbstgenügsam sein, ohne Armut und Mangel zu verspüren. Ist das Eigene uneinholbar, warum noch zum Fremden abschweifen? Eine satte Tradition macht wählerisch, aber auch bequem. Doch Suffisance hat etwas Störendes selbst dort, wo Grund genug ist, mit dem Eigenen zufrieden zu sein.

Ich kann die walisischen Intellektuellen verstehen, denen die präziös formulierte Unwissenheit in Fragen britischer Minderheiten, die viele ihrer Londoner Kollegen so gerne zur Schau tragen, Anlass zum Ärger ist. Ich konnte mich selbst in England vergewissern, dass der Graben der Unwissenheit allemal eindrucksvoller ist als die Arroganz, mit der man ihn zu überspringen sucht. Es gibt eine Form von kultureller Toleranz, die keine eindeutige Grenze zur Verachtung aufweist. Man trifft sie überall an, wo Menschen ihre herrschende Kultur als die einzig ernsthaft diskutabile ansehen. Was hat denn ein selbstgefälliger Engländer von Kultur aus dem provinziellen Wales zu erwarten? So wenig, dass es ihm nur lästig ist, damit behelligt zu werden. Es sei denn, ihn amüsierten die Sackgassen, in die selbst der Weltgeist hin und wieder

sich zu verirren beliebt. Doch auf die Gunst der Kuriositätenliebhaber sind die Angehörigen einer Minderheit in der Regel nicht aus. Sie fühlen sich nicht dazu da, das Kabinett, in dem die unerklärlichen Launen der Kultur exponiert sind, mit Absonderlichkeiten zu bereichern.

Mir war diese missliche Lage nicht unbekannt, als ich zum ersten Mal Wales besuchte. Schliesslich hat auch die Schweiz ihre Minderheiten und ist folglich von kulturellem Klassendenken auch nicht gänzlich frei. Aber ich musste als Rätoromane in der Schweiz nie mit einem derart provokativen unglücklichen Bewusstsein herumlaufen wie meine Freunde in Wales, um die Redlichkeit meiner Gesinnung mit dem Ernst der Lage abzustimmen. Es war mir eigentlich nie zweifelhaft, dass man mit einigermaßen intelligent vorgebrachten Argumenten sich auch dort Gehör und Neigung zu verschaffen vermag, wo die Primäreinstellung zur Sache der Minderen ungünstig liegt. Ich war ferner davon überzeugt, dass die Chancen einer kulturellen Minderheit mehr durch eigene Fehlleistungen als durch fremden Vorverdacht auf Niveaumangel Schaden nehmen. Eine Hutnummer zu gross, zwei Nuancen zu naiv und zu dreist: mit solchen Auftritten handelt man sich die kühle Distanz oder gar das Mitleid der anderen ein. Sogar in der Schweiz, wo – um den Jargon der Soziologen zu benutzen – das Gefälle zwischen einer einzigen dominanten und mehreren marginalen Kulturen schon durch den sprachlichen Pluralismus aufgehoben wird.

Doch in Wales bläst ein anderer Wind. Da ist die Phase des behut-

samen Tones längst vorbei. Sie wird als die Zeit der Leisetreteri und der naiven Gutgläubigkeit eingestuft. Damit war nicht ernsthaft Politik zu machen. Ohne die Empörung der Demonstranten und den Streit vor den Gerichten war nichts zu erreichen. Die hellsten Köpfe verliessen den Schreibtisch und gingen auf die Strasse, die bekanntlich ihre eigenen Argumente hat. Menschen wie Saunders Lewis waren bereit, vom bürgerlichen Ungehorsam bis zur Gewalt gegen staatliche Einrichtungen (wenn auch nicht gegen Menschen) alles zu praktizieren, was zur Verteidigung walisischer Kultur dienlich sein konnte. Er und andere gingen dafür ins Gefängnis und stellten so die hässliche Seite rechtsstaatlicher Reaktion auf den Kampf für eine gerechte Sache bloss. Selbst Lloyd George, der für die politisch organisierten walisischen Nationalisten wenig übrig hatte, erboste sich über eine englische Regierung, die vor Mussolinis Abessinienhunger kuschte, dafür aber spektakulär walisische Intellektuelle im Old Bailey zur Rechenschaft zog.

Das war 1936, liegt also weit zurück, und belebt doch nach wie vor jedes Gespräch, wie sich die walisische Kultur am Rande der englischen erhalten lässt. Seit dieser Zeit gab es ruhige und heisse Perioden in Wales, aber es ist noch keineswegs entschieden, ob man künftig auf den Druck der Strasse verzichten wird und sich ganz den Spielregeln unterwirft, nach denen man auf demokratische Weise zu Entscheidungen findet. Für jemanden, der sich aus Schweizer Sicht mit Minderheiten befasst, liegt hier das Irritierende. Ich habe keinen walisischen Intellektuellen gefunden, der in

der Frage der Gewaltanwendung nicht eine gespaltene Seele hätte. Sie alle können nachrechnen, dass die Zahl der englischen Konzessionen an Wales sich proportional zu jener der gegen staatliche Einrichtungen gelegten Bomben entwickelte. Dies ist erschreckend, beleidigt den Glauben, es liessen sich Probleme wirksam nur mit Vernunft lösen, aber so war es halt. Ich denke, dass in der Frage der Gewalt die Identitätskrise von bewussten Angehörigen einer Minderheit ihre Zerreihsprobe zu bestehen hat. Es ist dies der Ort, wo die konstitutionelle Unbehaglichkeit, in der Minderheit zu sein, umschlägt und in Rebellion ausmündet. Es ist dies aber auch der Ort, wo das Ziel durch die Wahl der Mittel eine Priorität bekommt, die andere Grundwerte gefährdet.

Um den Zwiespalt vor Augen zu führen, braucht man ihn nicht so hoch anzusetzen. Die Not, nach Prioritäten handeln zu müssen, ist schon zu Beginn da. Nehmen wir den Fall eines Schriftstellers: was hilft es ihm, dass die walisische Literatur die älteste noch lebender Sprachen in Europa ist? Alter allein trägt nicht weit. Im besten Fall ist er zweisprachig aufgewachsen, verfügt über vergleichbar gute Kenntnisse des Kymrischen (so nennt sich die Sprache von Wales eigentlich) wie des Englischen. Wenn es ihn zum Schreiben drängt, hat er die grundsätzliche Entscheidung zu treffen, ob er kymrisch oder englisch schreiben wird. Dies hat weitreichende Folgen, ordnet einen Schriftsteller schon äusserlich einem «Lager» zu. Die Schriftstellervereinigung in Wales besteht aus zwei Abteilungen, die der englisch und die der kymrisch Schrei-

benden. Doch ist es wohl zweierlei, ob man kymrisch oder bloss über kymrisches Land schreibt. Man reiht sich durch diese Wahl in Traditionen ein, und zwar auf sehr grundsätzliche Weise. Wer kymrisch schreibt, wird über kurz oder lang ein Aktivist. Wer englisch schreibt, hat die Überlebensfrage des Walisischen für sich bereits beantwortet. Er braucht sich an seinem Schreibtisch nicht durch Sprachpolitik ablenken zu lassen. Gewiss, auch er hat seine Last. Setzt er sich doch neben eine Legion englisch schreibender Kollegen auf den Prüfstand. Doch viele Nöte sind ihm erspart, die nur den treffen, der sich schreibend zur sprachlichen Minderheit bekennt.

Ihnen wende ich mich zu. Ihr Unglück begann 1536, als Wales durch Parlamentsakt von England politisch einverleibt wurde. Es war ein Übergriff der radikalen Art, der die angestammte Sprache per Gesetz aus dem öffentlichen Leben bannte. Kurz darauf allerdings sorgte Königin Elisabeth dafür, dass die Bibel ins Walisische übersetzt wurde. Sie befürchtete, dass die Unterdrückung der Muttersprache ihre Untertanen in den Schoss der römischen Kirche zurücktreiben könnte. So war es die Kirche, die die Sprache vor dem Verfall in die rein private Sphäre bewahrte, während in weltlichen und öffentlichen Dingen das Englische zu herrschen hatte. Die nächste Erschütterung kam mit der Industrialisierung von Wales im letzten Jahrhundert. Der Kohleabbau im Süden zog massenhaft englische Arbeitskräfte an. Cardiff, die heutige Hauptstadt von Wales, schoss Ende des letzten Jahrhunderts erst aus dem Boden. Dort wurde von Anbeginn

englisch gesprochen. Walisisch blieb die Familiensprache der ländlichen Bevölkerung von Mittel- und Nordwest-Wales, die in Scharen zu den neuen Industriesiedlungen im Osten und im Süden abwanderte. Man rechnet, dass es nach der Jahrhundertwende noch eine Million Menschen gab, die walisisch sprachen. Bei der Zählung von 1961 waren es nur 650 000, davon inzwischen 96 % zweisprachig. Heute spricht noch etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung in Wales walisisch.

Diese Zahlen sind wenig ermutigend, doch hinter ihnen verbirgt sich das Problematischerere. Ein Schriftsteller, der für das Kymrische optiert, wählt eine sprachliche Tradition, die um das Leben der kleinen Dorfgemeinschaften kreist, um religiöse Bräuche, um ländliche Beschäftigungen, um die fern zurückliegenden Zeiten walisischer Helden. Er setzt schreibend eine Geschichte des Zerfalls, der Verarmung und der Verbitterung fort, so sehr er selbst auch dagegen aufbegehren mag. Er schlägt sich auf die Seite der Unterlegenen, der nicht Arrivierten, die oft genug am Gefühl von Rückständigkeit und an ihrem Randdasein leiden. Wer mit einer Sprache vertraut ist, der weiss, wie sehr in ihr das Schicksal ihrer Sprecher ausgeprägt ist. Sprachen entwickeln sich seltsam den Lebensbedingungen derer entlang, die sie verwenden. Natürlich kann man sie durch Fremdgut ausweiten und umkrepeln, doch geht dies nicht ohne Brüche vonstatten. Sind die Menschen isoliert, bewegt sich auch ihre Sprache nur noch inwärts. Für einen walisischen Schriftsteller sind die Grossstadt, der Welthandel und die Börse

kein Rohmaterial, es sei denn zu experimentellen Zwecken. Nicht einmal deren Auswirkungen. Vielen Minderheitenliteraturen haftet buchstäblich der Geruch ökonomischer Kleinspurigkeit an. Der Warenwert wirft sozusagen nie einen Mehrwert für sie ab. Dafür hypertrophiert das Ideelle. Allem voran die schöne Sprache an sich, freilich eingebettet in jenen anderen Werten, die dem provinziellen Leben seinen immerhin möglichen Reiz verleihen. Für denjenigen, der in Cardiff lebt und schreibt und nicht in einem abgelegenen Dorf des Nordwestens, ist die Wahl der Sprache doppelt verhängnisvoll. Schreibt er kymrisch, weiss er, dass die Mehrheit der Menschen seiner Umgebung ihn nicht wird lesen können, oder bestenfalls in Übersetzung. Es braucht eine gewaltige innere Bindung an die walisische Sprache und ihr Schicksal, um hier unbeirrt von Zweifeln den richtigen Weg einzuschlagen.

Die Entscheidung für die Minderheitensprache ist aber nicht nur individueller und ästhetischer Natur, sie hat unmittelbare politische und ideologische Konsequenzen. Hier wäre die Geschichte des britischen Sozialismus in Wales zu erzählen, die Geschichte einer tragischen politischen Pleite, wie viele walisische Intellektuelle fühlen. Da wurden für die Arbeiter höhere Löhne, bessere Lebensbedingungen und soziale Absicherung erstritten, ohne auch nur einen Gedanken über ihre Herkunft, Sprache, Traditionen zu verschwenden. Wer Wales kulturell nicht verkommen lassen wollte, musste sich im anderen Lager formieren: gegen die in den Industriesiedlungen organisierte Arbeiterschaft, deren Marschrichtung von London

aus festgelegt wurde. Denn zur ökonomischen Abhängigkeit gehörte offenbar auch die ideologische. Die ein-gebleute internationale Solidarität liess die zwischen Menschen gleicher Sprache und gleicher Herkunft gewachsene verkümmern. In Wales wie in anderen Ländern erwies sich der Sozialismus als blind für das historische Besondere, ja als diesem feindlich gesinnt. Dass nicht der ganze Stolz eines Menschen darin aufgehen kann, zur organisierten Arbeiterschaft zu gehören, dies haben die Sozialisten hartnäckig übersehen. Sie wollten nicht wahrhaben, dass Selbstachtung häufig an das gebunden ist, was einen Menschen von der Mehrheit gerade unterscheidet. Der britische Sozialismus war zentralistisch, schwerpunktorientiert, der Internationale verpflichtet. Er ging aufs Ganze und liess das Spezielle rechts liegen. So wurden nicht die Sozialisten, sondern die Nationalisten die Schrittmacher walisischer Unabhängigkeit.

Wales war einmal eine grosse Nation. Dies freilich zu einer Zeit, als der Begriff «Nation» noch nicht eine politische Gemeinschaft in unserem heutigen Verständnis bezeichnete. So würde ich lieber von dem «land of old renown and wonder» sprechen, wie es in kulturgeschichtlichen Beschreibungen erscheint. Das wäre jedoch für viele der heutigen Bewohner von Wales zu bescheiden, zu unpolitisch. Eine der sorgfältigsten Untersuchungen der letzten Jahre über Wales heisst denn auch: «Rebirth of a Nation». Kenneth O. Morgan setzte nicht das falsche Stichwort als Titel seines Buches: wer das heutige Wales verstehen will, kann der Frage der Nation nicht ausweichen. Mit ihr haben sich auch

die Intellektuellen herumzuschlagen. Auch wenn sie fühlen, dass die Epoche vermutlich vorbei ist, in der man politische Identität nicht anders als innerhalb einer Nation zu stiften vermochte.

Ich gestehe es offen: mich berührte die Affinität meiner walisischen Gesprächspartner zu nationalistischem «Gedankengut» sehr befremdlich. Es kam mir vor, als griffen sie mutwillig auf eine verbrauchte und von den geschichtlichen Ereignissen der letzten 100 Jahre radikal entwertete Form politischer Zusammengehörigkeit zurück. Sind denn immer noch nicht genug Greuel im Namen des Nationalismus geschehen, dass man in der Not erneut diesen Ungeist aus dem Schlaf rütteln kann? Selbst wenn man Meineckes Unterscheidung von Kultur- und Staatsnation einbringen möchte, die Idee, man sei etwas erst im Augenblick, in dem man kulturell oder politisch sich verselbständigt hat, ist wohl mehr eine Trotz- als eine Prüfhaltung. Weil die andern uns bisher nicht wahrgenommen haben, wollen wir dasselbe tun: hinweg mit ihnen. Das scheint die Devise der walisischen nationalistischen Partei «Plaid Cymru» zu sein, mit der viele engagierte Intellektuelle zumindest sympathisieren. Vielleicht sind ihnen die scharfen nationalistischen Töne sogar zuwider, aber sie verkennen ihre Wirkung nicht, wie die der Gewalt. Und so lässt man das geschehen, was langfristig eher neue Situationen schafft als das mühsame Gespräch mit denen, die für Minderheitenfragen taub sind. Auch in Wales hat man gelernt, dass die Irritationen des Augenblicks nicht so entscheidend sind wie der permanente Druck, den unnach-

giebige Eiferer auszuüben vermögen.

Wir waren unterwegs in Nordwales, in Gwynedd. In einem kleinen Dorf war ein Museum zu besichtigen, Gedenkstätte für einen walisischen Schriftsteller, der einige Jahre dort verbracht hatte. Die Frau, bei der wir den Schlüssel holten, lud uns zu einer Tasse Tee ein und berichtete uns folgendes: es hätten vor kurzem wieder zwei Wochenendhäuser der Umgebung gebrannt. Man muss wissen, dass walisische Nationalisten schon seit vielen Jahren spektakulär gegen die englische Invasion von Wales protestieren, indem sie die Zweithäuser vermöglicher Engländer in Brand setzen. Wahr ist, dass Auswärtige häufig verlassene Siedlungen aufkaufen und vor dem Verfall retten. Wahr ist auch, dass eine Immobilienspekulation damit in Gang kam, an der die ärmeren unter den walisischen Einheimischen die Leidtragenden sind. Es ist leider zu häufig vorgekommen, dass kleine Dörfer innert kürzester Zeit ihre Sprache und ihren Charakter verloren haben, weil die Häuser in den Besitz von Engländern übergingen. Als Reaktion gegen diesen ungunstigen Handel und Wandel ging manche «Hütte» in Rauch und Asche auf. Symbolisch verwendeten die Feuerleger schon in den dreissiger Jahren für ihre leuchtenden Taten Zündhölzchen, die «England's Glory» hiessen. Unsere Frau berichtete also von einem neuerlichen Vorfall dieser Art. Zwei Polizisten seien am Tag darauf zu ihr gekommen. Ob sie etwas bemerkt habe von den Brandstiftern, wollten sie wissen. Da hätte sie aber losgelegt: schämen sollten sie sich in Grund und Boden, als Waliser da herumzuschnüffeln und gegen die eige-

nen Landsleute zu ermitteln, die doch nur aus Verzweiflung so etwas täten, weil die Politiker alles geschehen liessen und das Land zugrunde richteten. Auch wenn sie die Namen der Feuerleger wüsste, niemals würde sie damit herausrücken. Ja, wäre sie selbst noch jung und rüstig, sie würde ebenfalls nicht tatenlos zusehen, dass sie es nur wüssten . . . Mein Begleiter, ein Mann, der mir sonst ein natürliches Empfinden für Recht und Unrecht zu haben schien, war mit seiner Landsfrau nicht unzufrieden. Dies scheint auch in etwa der Haltung von Ned Thomas zu entsprechen, der in seinem Buch «The Welsh Extremist» die Hintergründe walisischer Sprachpolitik sehr eindrücklich ausleuchtet.

Zieht man Bilanz, so ist zunächst festzustellen, dass es den Walisern gelungen ist, in Wales Zustände wie in Ulster nicht aufkommen zu lassen. Das ist sehr entscheidend, wenn man bedenkt, wie schnell man mit Aktionen am Rande der Legalität in den Sog der Kriminalität gerät. Was sie erreicht haben – und sie haben im Bereich der kulturellen Selbstbestimmung in den letzten Jahrzehnten viel erreicht –, muss sie ermutigen, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen, auch wenn sie ihn in Begleitung zweifelhafter Berater zurücklegen. Denn nationalistischer Eifer ist kein guter Weggefährte. Und die Freude, dem Gegner eins ausgewischt zu haben, ist Trost von kurzer Dauer. Es ist für Intellektuelle nicht sehr behaglich, sich in Begleitung von Kämpfern zu wissen, die gerade darauf setzen. So achten die Besonnenen darauf, den Tücken einer euphorisch vollzogenen Abkapselung im Gespräch mit der anderen Seite zuvorzukommen. Die

Jugend freilich will etwas Säbelgerassel. An der Universität von Aberystwith, der geistigen Hochburg der walisischen Bewegung, freuen sich die Studenten, ihre englischen Kommilitonen deutlich spüren zu lassen, wer hier das Sagen hat.

Der Kasus steht für viele: wer einer kulturellen Minderheit angehört, muss zu einer Strategie finden, mit der er seine Angelegenheit des Herzens, die auch eine des Kopfes zu sein hat, aussichtsvoll verteidigt. Entscheidend ist, welchen Rang die Liebe zur eigenen Sache in der gesamten Werteskala eines Menschen einnimmt. Nicht selten schwebt sie einsam über alles andere hinweg. Es herrscht unter Minderheiten vielfach ein totalitärer Ethnozentrismus, der in vergangenem Unrecht immer Anlass findet, bei erster Gelegenheit mit harter Münze zurückzuzahlen. Doch nicht um diese Rachegeister geht es. Es gerät der friedlich gesinnte Mensch in die eigentliche Not, wenn er entdeckt, wie wenig die Welt dafür eingerichtet ist, dem, was nicht in ihrem grossen Strom schwimmt oder ihr gar gegenläufig ist, einen Platz einzuräumen. Wenn er zusehen muss, wie der blinde Eiferer weiter kommt und mehr be-

wirkt als der umsichtige und geduldige Mahner. Es ist diese Erfahrung, die dazu verführt, die Folgen der Gewalt nicht mehr zu verurteilen.

George Steiner hat einmal gesagt: wenn immer eine Sprache sterbe, schliesse sich ein Fenster der Welt. Wer am empfindlichsten spürt, wie dunkel es würde, wenn die walisische Sprache und all das, was über Jahrhunderte in ihr geschrieben und gestaltet wurde, eines Tages doch verschwände, der hat auch die meisten Bedenken, ob sich der Kampf und der Hass, der dabei hochgespült wird, überhaupt lohnen. Wer geschichtlich denkt, kann angesichts eines auch steten Verlustes nicht hysterisch reagieren. Er weiss um die Vergeblichkeit, die Zeit anhalten zu wollen. Aber die Selbstachtung gebietet auch, die Waffen nicht einfach zu strecken. So setzt er auf die Macht der Erinnerung. Was in der Erinnerung überlebt, könnte einer verarmten Gegenwart immer noch ihre Verluste vorspiegeln. Das ist die Hoffnung, die die Freunde in Wales mit uns teilen, während wir uns wie sie um das kümmern, was mehr Vergangenheit hinter sich als Zukunft vor sich hat.

Iso Camartin

Raymond Arons Rechenschaft

«*Leser, dies ist ein aufrichtiges Buch.*» Was Michel de Montaigne von seinen Essays sagte, gilt für die bei Julliard erschienenen Memoiren von Raymond Aron. Der einschränkende Untertitel «Fünfzig Jahre politischer Re-

flexion» (Fayard, Paris) trifft für einen grossen Teil dieser 760 Seiten zu, doch die knappen persönlichen Evokationen – die Eltern, ein verstorbener Bruder, der Tennis- und Bridgemeister war – im Tennis

brachte es auch der Memoirenschreiber zu respektabler Klassierung – die Studienjahre, die Freundschaften, die Embolie, die den über Siebzigjährigen zeitweilig lähmte und ihm die Sprache nahm – er hat diese Krise überwunden – das erweitert diesen Rundgang durch die beiden Karrieren des Kommentators und des Dozenten, des Publizisten und des Ideenhistorikers, dessen letztes umfangreiches Werk ein «Clausewitz» war. Diskret ist zugegen die Gattin Suzanne, die Tochter Dominique, die Tragödie zweier anderer Töchter, die den Vater beinahe vernichtet hat – er rettete sich in hektische Arbeit. Das alles bewirkt, dass wir auch ein wenig den Menschen Raymond Aron kennenlernen und nicht nur den «engagierten Zuschauer», wie er sich im – auch deutsch bei Klett-Cotta, Stuttgart, erschienenen – Buch der Gespräche mit zwei eher linken, aber respektvollen jungen Dozenten nannte.

Dass in einem halben Jahrhundert politischen Urteilens Irrtümer und Fehlprognosen vorkamen, versteht sich von selber, der Autor gibt einige Beispiele.

Heute ist Raymond Aron der Überlebende einer Generation, zu der seine Mitschüler Sartre, Nizan, Mounier, der Philosoph Merleau-Ponty gehörten. Die meisten von ihnen gehörten auch oder vor allem zur Literatur, zu der Aron zwar nicht gehört, zu der er jedoch ein viel intimeres Verhältnis hat als es die Memoiren merken lassen.

Den Vorteil des Überlebenden will Aron nicht ausnützen, um das letzte Wort zu haben. Doch verhält es sich so, dass er in entscheidenden Fragen recht behalten hat, oder – wenn das

zu apodiktisch klingt – dass ihm der Grossteil jener, die ihn einst bekämpft haben, nachträglich recht geben. Regierungssprecher Max Gallo – einst einer der vier Kolumnisten von «L'Express», wo heute Aron allein herrscht – hat sich über das Schweigen der linken Intellektuellen beschwert, die eine von rechts so hart angegriffene sozialistische Regierung nicht leidenschaftlich unterstützte. Eine Antwort wäre aber diese: die Intellektuellen bekannten sich einst – ohne viel Kenntnis – als Marxisten, auch Sartre, der seine eigene Philosophie nie preisgab, aber schrieb: *«Der Marxismus ist der unüberschreitbare Horizont unserer Epoche»* – und sie sind es nicht mehr. Die eingehendste Würdigung der Memoiren erschien im linken «Le Nouvel Observateur». Ihr Autor, der Historiker François Furet, hat einst der Kommunistischen Partei angehört ebenso wie der Historiker Leroy-Ladunic, der Soziologe Edgar Morin – alle heute in Arons Nähe.

Mit 78 Jahren ist Raymond Aron ein «Monument», ein «great old man». Er war Kritiker de Gaulles und der Nachfolger Pompidou und Giscard d'Estaing, doch geht er viel schärfer ins Gericht mit der sozialistisch-kommunistischen Koalition. Er hat aber seine Gegner auch in scharfer Polemik nie geschmäht und ein selten befolgtes Beispiel von Fairness gegeben. Immerhin schrieb in «Le Monde», einer Zeitung, gegen die Aron oft polemisiert hat, ein Redakteur, der selber in den Memoiren nicht gut wegkommt, eine Hymne auf die Memoiren. Ihr folgte ein seitenlanges Interview. Die erfolgreichste Fernsehsendung – «Apostrophes» –

befragt nicht wie sonst fünf oder sechs Autoren, sondern nur Raymond Aron einen Abend lang.

Es gibt kein «System» Arons, was ihm manche vorwerfen, sondern eine Methode der allseitigen Analyse, gegründet auf genaue Information und auf weitgehende Unvoreingenommenheit. Aus seinen Hoffnungen macht er nie Gewissheiten. Seine Überzeugungen vertritt er nicht wie einen alleinseligmachenden Glauben gegen verdammenswerte Ungläubige.

Nicht unbedingt die umfangreichsten Abhandlungen wie «Krieg und Frieden zwischen den Nationen», sondern die Gesamtheit seiner Veröffentlichungen und seiner Publizistik haben aufklärend gewirkt und als Entwöhnungskur. Das Buch gegen die Pariser Marxisten – «Das Opium der Intellektuellen» – hatte in den fünfziger Jahren wenig unmittelbare Wirkung, doch später desto mehr, als allerdings Chruschtschews Enthüllungen, die Einmärsche in Ungarn und in die Tschechoslowakei so viele umgestimmt haben. Seine damals recht einsame Kritik ist heute dermassen Allgemeingut, dass ihm eben deswegen Originalität manchmal abgesprochen wird.

Die «Neuen Philosophen», darunter Arons einstiger Hörer André Glucksmann, der Aron und – kurz vor dessen Tod – Sartre zusammen zum Präsidenten Giscard d'Estaing führte, um für die grosszügige Aufnahme der vietnamesischen «boat people» zu plädieren, sind nicht über Aron und – in anderer Hinsicht – über Albert Camus in der Kritik am Totalitarismus hinausgelangt. Doch haben sie Arons Kenntnis der deutschen Philosophen und Soziologen

nicht, und stilisieren teils vergröbernd die deutsche Philosophie zum üblen «Herrschaftsdenken» oder umgekehrt den Faschismus und Antisemitismus zur ursprünglichen und überragenden französischen Tradition.

So haben sie von Aron das wichtigste nicht übernommen: die Differenzierung, das Prüfen der Schriften, des Umfeldes, der Wirkung, den Verzicht auf Schmähungen. In der linken katholischen Zeitschrift «Esprit» – gegründet hat sie der früh verstorbene Emmanuel Mounier, der gemeinsam mit Aron die «Agrégation» bestand – erschien im Juni 1977 der Beitrag eines amerikanischen Politologen, der betitelt war «Raymond Aron und die Linke». Darin wurde «Le Nouvel Observateur» zitiert, wo zu lesen war: *«Seit dreissig Jahren wird Aron nicht müde, recht zu haben, er hat mit den Jahren das einschüchternde Privileg errungen, das Denksystem seiner Gegner von innen aufzurollen und sie zu zwingen, konsequent mit sich selber zu sein. Aron hebt die Debatte auf ein höheres Niveau. Worauf wartet die Linke, um ihm dorthin zu folgen?»*

Hier können nur zum Stichwort verknüpft einige für die Epoche, für den Memorialisten entscheidende Wenden genannt werden. Die Herkunft – eine jüdische, aber nicht religiös gebundene patriotische Familie. Der Vater verlor durch unglückliche Spekulationen sein Vermögen, vermochte jedoch durch seine Arbeit die Familie zu erhalten.

Da sind die Erfahrungen in Deutschland – Golo Mann gehörte zu den frühen Freunden. Das Ausmass des Hasses – er selber hat ihn an deutschen Universitäten nicht zu

spüren bekommen – und Vernichtungswillens gegen Juden hat Aron wie die meisten unterschätzt, obgleich er urteilte, dass den Juden nur die Emigration blieb und er in einigen Fällen – insbesondere für Hannah Arendt – selber eingreifen konnte. Klar sah er, was Sartre in Deutschland nicht wahrnahm: dass Hitler den Krieg bedeutete.

Als er seine Doktorthese verteidigte, äusserten Arons Prüfer Entsetzen über seine pessimistische Geschichtsvision, einer fragte gar, ob er «satanisch» sei. Die Erfahrungen hatten Aron wenig Zukunftsvertrauen in den unaufhaltsamen Fortschritt der Freiheit und Vernunft gelassen. Im Krieg war er, der zu den Panzereinheiten wollte, wie Sartre dem meteorologischen Dienst zugestellt. Seine Tätigkeit in London für die Zeitschrift «La France Libre» war keine Unterordnung unter General de Gaulle, die Verantwortlichen des Waffenstillstandes erschienen ihm nicht als Verräter. Obgleich er später in Frankreich de Gaulles bald gescheitertem «Rassemblement» beitrug, galt er nie als lupenreiner Gaullist. Sein damaliger Beitritt wird in den Memoiren erklärt, nicht unbedingt gerechtfertigt. Der Einfluss André Malraux' – Aron war stets bereit, Genies zu bewundern – mag mitgewirkt haben.

Zehn Jahre bevor er von den Professoren der Sorbonne als ihr Kollege gewählt wurde, hatte Aron sich für die Mitarbeit am bürgerlichen «Le Figaro» und gegen den neutralistischen «Le Monde» entschieden, er war bewegt, als viel später der Gründer von «Le Monde», Beuve-Mery, ihm aus dem Krankenhaus schrieb,

er bedaure noch nachträglich Arons Entschluss.

Die Broschüre – ihr folgte noch eine zweite –, in der Raymond Aron zur Beendigung des Algerienkrieges durch Anerkennung der algerischen Souveränität aufrief, machte ihn in jenem Milieu verhasst, aus dem seine Leser kamen. In «Le Figaro» durfte er seine These nicht vertreten. Algerien war verwaltungsmässig Teil des Mutterlands, unterstand dem Innenminister. Von den bürgerlichen Parteien, vor allem den Gaullisten, wurde er auf das schärfste angegriffen. Als schliesslich de Gaulle eben diesen Weg wählte, rühmten die meisten Gaullisten das Abkommen als historische Grosstat, ohne aber die einstigen wütenden Angriffe gegen den Publizisten, der diesen Weg vorgezeichnet hatte, zurückzunehmen.

Aron zitiert viele Kritiken seiner Bücher, auch – mit einem relativierenden Kommentar – die Briefe, die ihm jeweils de Gaulle schrieb, der auch sonst Autoren seine Aufmerksamkeit bezeugte.

Eine Wende war die Absage an die Mai-68-Bewegung und die davon ausgehenden Änderungen der Hochschulen. Aron selber war ein scharfer Kritiker von deren Strukturen gewesen und hatte sich dadurch den mächtigen Verein der «agrégés» zum Feind gemacht, doch sah er in der «unauffindbaren Revolution», wie er sie nannte, keinen Fortschritt. Nichts ist ihm länger nachgetragen worden als diese Kritik an einer Bewegung, die den Intellektuellen jeden Alters ein Jungbrunnen war.

Die Angriffe gegen die regierende Linke, ausgehend von der Befürchtung – sie hat sich bestätigt –, dass

der bescheidene Erfolg der Konsolidierung von ihr dilettantisch vernichtet würde, hat Aron weniger Polemik eingetragen. Auch auf der Linken war diesmal die Skepsis gross.

Ein ziemlich unbekannter Journalist hat in einer neuen regierungsnah polemischen Zeitung namens «Nouvelles» in ihrer ersten Nummer Raymond Aron heftig angegriffen. Da wurde mitgeteilt, dass Aron niemanden mehr interessiere, was aber para-

doxerweise das Mittel war, um die Lancierung der Zeitung zu fördern, weil Aron so sehr im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht. Dabei wäre eine sogar scharfe Kritik an Aron denkbar, doch ohne Wissen und Talent kann gegen die Summe dieses Werks und dieser Wirkung nicht angekannt werden. Immer noch stellt sich die Aufgabe, sich mit Raymond Aron auf seinem eigenen Niveau zu messen.

François Bondy

Durch Raymond Arons Tod am 17. Oktober ist dieser Bericht über sein letztes grosses Werk zum Nachruf geworden.



Strom für
eine
Million
Menschen

BERNISCHE
KRAFTWERKE AG